

Aufruf an die Bremer Politik

Die Anwohnerinitiative „Umbau statt Totalabriss des Bunkers in der Braunschweiger Straße 17-19“ protestiert im Namen von über 700 Immobilieneigentümern, Mietern, Geschäftsinhabern und Unterzeichnern der Petition aufs Schärfste gegen die sowohl vom Fachausschuss Stadtteilentwicklung als auch vom Beirat Östliche Vorstadt getroffene Entscheidung vom 16.1.2013, dem Bauantrag des Architektenbüros Mielke und Freudenberg zuzustimmen, der mit einem Komplettabriss des Bunkers einhergeht und die Anwohner des vorderen Peterswerder trotz wohlbegründeter Einwände völlig unvorhersehbaren Risiken und Folgen aussetzt!

Politische Verantwortung, Schutz der Bürger, Sicherung des Gemeinwohls!

Damit hat sich die Lokalpolitik unter der Führung des Ortsamtleiters, Herrn Robert Bücking, demonstrativ aus der politischen Verantwortung und ihrer Verpflichtung zum Schutz und zur Sicherung des Gemeinwohls entzogen.

Vielmehr nimmt sie durch ihr vorschnelles Votum eine sehr wahrscheinliche Schädigung der umliegenden Häuser und der Gesundheit der Anwohner billigend in Kauf, indem sie die Verantwortung auf die zuständigen Behörden überträgt.

Diese können nach Aussage der Vertreter des Gewerbeaufsichtsamtes und des Bauamtes bereits ohne das vollständige Vorliegen der erforderlichen Gutachten keine rechtlichen Bedenken erkennen und wollen das Vorhaben, selbst bei entstehenden Problemen und Schäden für die Anwohnerschaft fortsetzen.

**„Wir fangen erstmal an und schauen dann, was passiert“
(Originalzitat vom 16.1.13 auf der Beiratssitzung des Ortsamtes!!)**

Wir betrachten es als einen politischen Skandal, die ernsthafte Besorgnis der Anwohner mit vagen Versprechungen wie Einhaltung von Grenzwerten, Aufstellen eines Seismographen und Durchführung eines Beweissicherungsverfahrens zu besänftigen und gravierende Fakten und Erfahrungen anderenorts zu bagatellisieren sowie alternative Bebauungskonzepte schlichtweg zu ignorieren.

Hier liegt der begründete Verdacht nahe, dass es von Anfang an darum ging, das Investoreninteresse gegen das Schutzinteresse der Bürger durchzusetzen, um ein Exempel hinsichtlich der Nutzung anderer Bunker in dicht bebauten Wohngebieten durch einen kompletten Abriss zu statuieren.

Stoppen Sie das Projekt und nehmen Sie die Besorgnis der Anwohnerschaft ernst!

Wir fordern Sie auf, Ihren gesamten politischen Einfluss geltend zu machen, dieses irrwitzige Projekt unverzüglich zu stoppen und grundlegend auf den Prüfstand zu stellen, um akute Gefahren von der Anwohnerschaft abzuwenden.

Wir verlangen

- dass die fundamentalen örtlichen Kenntnisse und Erfahrungen der langjährig ansässigen Anwohnerschaft Berücksichtigung finden
- dass die begründeten Besorgnisse ernsthaft gehört und auf Augenhöhe diskutiert werden und
- dass ein bereits existierender Alternativvorschlag für ein angepasstes, Anwohner schonenderes und umweltverträglicheres Umnutzungskonzept des Bunkers in Betracht gezogen und kritisch gewürdigt wird.

Es bestehen bereits umfangreiche Erfahrungen mit erheblichen Gebäude- und Straßenschäden in der Celler Straße, die auf Grund des Umbaus der wesentlich weiter entfernt liegenden Hamburger Straße in den Jahren 2003 und 2004 entstanden sind.

Wir fordern eine wirkliche Beteiligung und Mitspracherecht der BürgerInnen!

Obwohl von Herrn Bücking in der Öffentlichkeit und in den Medien ständig eine Beteiligung, ein Mitspracherecht und die Ernstnahme der Besorgnis der Anwohnerschaft kolportiert wurde, hat es außer einer rudimentären Beteiligung von angesprochenen Einzelpersonen bei ästhetischen Fragen zum geplanten Neubau (Fassadengestaltung) keinerlei ernsthafte Aussprache und keine kritische Würdigung der äußerst negativen Erfahrungen mit Bunkerabbrüchen anderenorts gegeben. Es haben lediglich 2 kurzfristig angekündigte Informationsveranstaltungen und eine öffentliche Sitzung des Fachausschusses des Beirates der Östlichen Vorstadt stattgefunden, auf denen die Anwesenden einzelne Fragen stellen, fassadenbezogene Änderungswünsche hervorbringen und ihre Bedenken äußern durften.

Von einer wirklichen Beteiligung und Berücksichtigung der Anliegen der Bürger kann hier überhaupt keine Rede sein:

Vielmehr haben wir mit wenigen Personen und unermesslichem Einsatz die Aufgabe übernommen, alle Haushalte in der Umgebung des Bunkers grundlegend über das Vorhaben zu informieren und über Erfahrungen und Risiken eines Bunkerabbruchs mit Lockerungssprengungen und einem Abraum von **6.000** Tonnen Stahlbeton in einem hoch verdichteten Wohngebiet aufzuklären.

Dies geschah nach der zweiten Informationsveranstaltung zur Erläuterung der Abbruchtechnik des Bunkers am 6.11.2012 durch Herrn Sauermilch von dem Abbruchunternehmen Moß aus Lingen.

Dieser suggerierte den Anwesenden einen technisch beherrschbaren, umwelt- und anwohnerverträglichen und den Gegebenheiten angepassten Komplettabbruch und hob die über 40jährige Erfahrung seines Unternehmens als Vertrauensbeweis hervor.

Erhebliche Schäden bei Bunkerabriss durch die Firma Moß in Münster:

Das gleiche Unternehmen hatte Anfang 2012, also im gleichen Jahr, folgenreiche Probleme mit dem Abriss eines vergleichbar großen Bunkers in Münster, der in zwei Monaten erfolgt sein sollte, sich aber über ein halbes Jahr hinzog.

In Wirklichkeit aber gelang es mit allen angewandten Verfahren nicht, die Betonmassen ohne erhebliche Schäden an den umliegenden Häusern zu beseitigen.

Eine eingestürzte Baddecke, Absenkungen von Fußböden, umherfliegende Betonbrocken, zersprungene Fensterscheiben und eine über halbjährige ständige Lärm-, Staub-, Erschütterungs-, und Schmutzbelästigung über 5 bis 6 Tage in der Woche von morgens 7:00 Uhr bis abends 18:00 Uhr brachten die Wohnbevölkerung in Münster beim Abbruch derart zur Verzweiflung, so dass laut „Westfälischer Nachrichten“ einige Anwohner im Hotel oder bei Freunden und Verwandten Zuflucht suchten.

Und dies alles geschah, nachdem alle gesetzlichen und rechtlichen Voraussetzungen erfüllt waren und ebenso ein anwohner- und umweltschonendes Abbruchverfahren zugesichert wurde.

Hätte nicht ein Anwohner aus der Celler Straße auf diese unzumutbaren Vorgänge hingewiesen, wäre die Öffentlichkeit bewusst durch Unterschlagung von Erfahrungswissen getäuscht worden.

Aber selbst nach Offenlegung der skandalösen Abläufe in Münster haben bis auf die beiden Vertreter der Partei „Die Linke“ weder der Ortsamtsleiter, Herr Bücking, noch die Fachausschussmitglieder des Beirates und auch die Beiratsmitglieder selbst keinerlei Bezug auf diese unerträglichen Zumutungen genommen, was doch sehr verblüfft hat. Hier liegt der Verdacht nahe, dass bereits eine klare Entscheidung seitens der Beiratsmitglieder der Grünen und der SPD im Vorfeld getroffen wurde und die öffentliche Beratung lediglich Teil einer gezielten Inszenierung mit „kosmetischen Errungenschaften“ für die besorgten Bürger dienen sollte.

Politikverdrossenheit und Enttäuschung über Parteienvertreter von Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der SPD

Viele der Anwesenden auf der entscheidenden Beiratssitzung waren vor allem bestürzt über die apathisch und gelangweilt wirkenden Beiratsmitglieder der Parteien Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der SPD und konnten es ob der spärlichen inkompetenten und teils beschämenden Beiträge einzelner Vertreter dieser Parteien kaum fassen, dass dieser doch sehr desinteressiert dreinblickende Personenkreis über ihr Schicksal befinden sollte.

Einige Anwohner äußerten zudem ihre große Enttäuschung über die Haltung der Vertreter der oben erwähnten Parteien und wählten sich in einer wohl inszenierten Showveranstaltung, so dass sie eine Abkehr von ihrem bisherigen Wahlverhalten ankündigten und darin auch einen weiteren Grund für ihre zunehmende Politikverdrossenheit sahen.

Wir fordern alle politisch Verantwortlichen und zuständige Behörden auf, ernsthaften Schaden von der Bevölkerung abzuwenden!

Es kann und darf nicht sein, dass sich Ähnliches wie in Münster hier in Bremen zuträgt und die Politik sowie die zuständigen Behörden ohne Rechtsgüterabwägung den kompromisslosen Geschäftsinteressen zweier Investoren mit ihren optimalen Renditevorstellungen nachgeben und dabei wider besseren Wissens die gesundheitliche und materielle Schädigung einer ganzen Wohnbevölkerung in Kauf nimmt. Alle politisch Verantwortlichen und an diesem Vorgang beteiligte Behörden, angefangen bei den Fachausschussmitgliedern, den Beiratsmitgliedern, dem Ortsamtsleiter, den Deputierten, den Parteivorsitzenden, den Bürgerschafts-abgeordneten, bis hin zu dem verantwortlichen Senator und dem Stadtoberhaupt müssen sich der Frage stellen:

Wie kann man es zulassen, Anwohnern, an den Standort gebundenen Berufstätigen und auch wehrlosen alten Menschen und Kindern solch eine politisch und behördlich sanktionierte Dauerbelastung von anderthalb bis zwei Jahren mit unabsehbaren Folgen für ihre Gesundheit und ihre materielle Existenz aufzubürden?

Wir sind weder notorische Querulanten noch Verhinderer einer angemessenen und angepassten Stadtentwicklung, fordern aber besonders den Bremer Bürgermeister und die bremischen Regierungsparteien auf, ihrer obersten Verpflichtung nachzukommen, ernsthaften Schaden von der Bevölkerung abzuwenden und sich auf ihre Kernmarke „Sozialdemokratie“ und „GRÜNE“ zu besinnen, denn sowohl das gesamte Bauvorhaben sowie das sogenannte Moderationsverfahren des Ortsamtsleiters, Herrn Bücking, können aus unserer Sicht weder als sozial noch als demokratisch noch als ökologisch und der Umgebung angemessen und angepasst bezeichnet werden.

Werden Sie Ihrer politischen Verantwortung gerecht und handeln Sie im Sinne der Bürger!

Bremen, den 24. Jan. 2013

*für die Anwohnerinitiative
Gotthard Raab
Veronika Wehr*

Hinweis:

In den kommenden Tagen ergeht eine Prüfung der geplanten Baumaßnahme einschließlich des Abrisses und des Bestands auf Umweltverträglichkeit, Risiken und Durchführbarkeit durch einen öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen der IHK Münster an Sie.